

Bündnisgrüne warnen vor CO2-Lager in der Altmark

Land würde Risiken in Milliardenhöhe übernehmen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen Anhalt machen auf das enorme Haftungsrisiko aufmerksam, das auf die Altmark im Falle eines CO2-Lagers zukommt. Dies trete laut einer Richtlinie der EU ein, die die Einlagerung von CO2 regelt. "Sobald die Betreiber das CO2-Lager schließen, muss die Altmark bzw. das Land Sachsen-Anhalt damit allein klarkommen, weil die öffentliche Hand dann verantwortlich ist", warnt der Landesvorsitzende Christoph Erdmenger.

Hintergrund der Bedenken seien die aktuellen Arbeiten an einem Bundesgesetz. Dieses beruhe auf einer EU-Richtlinie, nach der die Haftung für das CO2-Endlager 20 Jahre nach Betriebsende an den Staat übergehe, in Ausnahmen auch früher. "Geologische Probleme kosten schnell viel Geld. Zum Beispiel kosten die unvorhergesehenen Wassereinträge im atomaren Versuchsendlager Asse II den Staat über zwei Milliarden Euro", so Erdmenger.

Erdmenger weiter: "Angenommen, das Endlager erweist sich nach fünf Jahren als unwirtschaftlich und die Haftung wird schneller übertragen, dann kann die Altmark schon in 10 Jahren mit einer teuren Altlast dastehen." Der bündnisgrüne Landesvorsitzende gibt auch die Risiken eines solchen CO2-Endlagers zu bedenken: "Dies beginnt mit der Erstickungsgefahr für Mensch und Tier, wenn sich CO2 in Senken sammelt." Die Landschaft könne sich heben und Gebäudeschäden verursachen. Und schließlich könnte alles CO2 z.B. aus undichten Bohrlöchern frei werden und wieder klimawirksam werden. "Wenn all das so unwahrscheinlich ist, wie die Betreiber darstellen - warum übernehmen sie dann nicht die volle Haftung?", fragt Erdmenger.